

## Auf zur bundesweiten Demonstration am 16. Mai in Berlin – Aktiver Widerstand gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die Arbeiter und Angestellten

Das pompöse Krisenmanagement von Unternehmerverbänden und Regierung ist gescheitert. Monatelang wurde die kapitalistische Weltwirtschaftskrise klein geredet und die Arbeiter beschworen, die Regierung habe alles im Griff. Nur eine kurze Durststrecke sei zu bewältigen. Kurzarbeit, Zeiterkonten und Überstunden abfeiern könnten das Problem überbrücken. Aber mit „überbrücken“ ist da nicht mehr viel: Die Wirtschaftskrise vertieft sich und bedroht existenziell die Lebensgrundlagen von Millionen Menschen.

Seit Ende April setzt ein Stimmungsumschwung zum Kampf gegen die Regierung und die Abwälzung der Krisenlasten ein. Bei Conti in Hannover demonstrieren französische und deutsche Arbeiter gemeinsam gegen Werkstilllegungen, bei Mahle und ThyssenKrupp führen die Belegschaften konzernweite Streiks und Aktionstage durch, die Belegschaft bei Federal Mogul in Wiesbaden streikte unbefristet mit Torblockaden gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen. Am 1. Mai bildeten in vielen Städten Jugendliche im Kampf für die Übernahme nach der Ausbildung und in der Kritik am Kapitalismus die erste Reihe.

Das Wort der „sozialen Unruhe“ ist auf einmal in aller Munde. Ein fragwürdiger Begriff, legt er doch nahe, wir hätten bisher im „sozialen Frieden“ gelebt. Doch schon vor der Krise fand ein nicht offiziell erklärter Krieg von Monopolverbänden und Regierung gegenüber der



Frankreich: Bild von der Fabrikbesetzung von Continental im April 2009

Arbeiterklasse und den breiten Massen statt. In der Krise bekommt dieser nun eine bisher ungekannte Dimension und wird offensichtlich.

- Hunderte Milliarden Euro Bürgschaften und Subventionen werden in die Banken und Konzerne gepumpt. Die Bevölkerung wird mit einigen Brosamen in Form einer einmaligen Zahlung eines Kindergeldes oder einer Mini-Rentenerhöhung abgespeist. Wer am Ende für die gewaltigen Staatsschulden aufkommen soll, liegt auf der Hand. Eine Volksweisheit lautet: „Nach den Wahlen kommt das Zahlen“.

- Hunderttausende von Leiharbeitern, Kollegen mit befristeten Verträgen wurden kalt entlassen, Minijobs aufgekündigt und Auszubildende nicht übernommen. Sind das Menschen zweiter Klasse, die schon gar nicht mehr zählen?

- Die Arbeiter tragen bei Kurzarbeit die Lohnverluste. Den Konzernen werden jetzt sogar nach sechs Monaten Kurzarbeit auch noch die Sozialversicherungsbeiträge erlas-

sen. Die Kosten der Kurzarbeit werden voll auf die Beschäftigten und die Sozialkassen abgewälzt, die nur die Arbeiter wieder aufzufüllen haben.

- Kurzarbeit ist die Vorstufe von Massenentlassungen. Das zeigt die Entwicklung bei ThyssenKrupp, Schaeffler/Continental, Opel und in zahlreichen Betrieben. Betriebsvereinbarungen mit Zusagen „keine betriebsbedingten Kündigungen“ werden von heute auf morgen für nichtig erklärt. Thyssen Krupp will 2.000 Arbeitsplätze abbauen, Schaeffler 5.000, 17 Autozulieferer mit über 1.000 Beschäftigten haben Insolvenz angemeldet und allein für die Autoindustrie wird vom Abbau von 30 Prozent der Arbeitsplätze gesprochen. Ungezählt bleiben die Arbeitslosen in den kleinen Firmen, die schon pleite gegangen sind.

- Seit April spricht die Regierung auch nicht mehr von „Entlassungen vermeiden“. Nach ihren eigenen Einschätzungen soll die Krise bis mindestens 2013 dauern. Kein Mensch glaubt, dass das ohne Massenentlassungen über die Bühne geht.

- Kanzlerin Angela Merkel und Innenminister Wolfgang Schäuble fordern die Änderung des Grundgesetzes, um die Bundeswehr im Inneren und damit auch gegen Arbeiterkämpfe einsetzen können. Ein nationaler Krisenstab wurde eingerichtet gegen die gefürchteten „sozialen Unruhen“.

Es ist ein verhängnisvoller Irrweg, wenn die rechte Gewerkschaftsfüh-

Fortsetzung von S. 1

rung sich den Erpressungen der Konzernchefs und Kapitalisten mit der Drohung von der Insolvenz unterwirft und die Losung „als Gewinner aus der Krise kommen“ übernimmt.

1. Wurde das neue Insolvenzrecht 1999 von der SPD/Grünen-Regierung beschlossen und regelt, dass die Arbeiter alle ihre tariflichen und betrieblichen Rechte verlieren. Die Insolvenz ist seitdem ein Kampfmittel von Konzernleitungen, um erkämpfte Rechte auf einen Schlag außer Kraft zu setzen.

2. Haben die Löhne der Arbeiter weder mit den Kreditproblemen der Betriebe zu tun, noch sind sie die Verursacher der Krise. Der Krise liegt das Problem zu Grunde, dass die Konzerne und Banken aus der Ausbeutung der Arbeiter soviel Kapital angehäuft haben, dass sie dieses nicht mehr maximalprofitbringend anlegen können. Und: Während die Banken Milliardengelder aus dem Staatshaushalt bekommen, nutzen sie ihre Macht aus, um Betriebe mit der Verweigerung von Krediten zu erpressen und zur Steigerung der Ausbeutung ihrer Belegschaften zu zwingen, um so möglichst hohe Renditen abzusahnen.

3. Verzicht rettet keine Arbeitsplätze. Das zeigen alle Erfahrungen der Arbeiterbewegung, ob bei Siemens/BenQ in Kamp-Linfort, AEG in Nürnberg oder Nokia in Bochum. Gibt man den Erpressungen der Konzerne und der Banken den kleinen Finger, wollen sie die ganze Hand!

4. Die Losung, als „Sieger aus der Krise hervorgehen“ soll die Belegschaften in einen Wettbewerb um die niedrigsten Löhne und schlechtesten Arbeitsbedingungen treiben. Es ist ein direkter Verrat an der internationalen Arbeiterbewegung, wenn sich rechte Gewerkschaftsführer nicht zu schade sind, diese verhängnisvolle Spirale nach unten und die Spaltung der Belegschaften mitzumachen.

Warum sollen wir Rücksicht auf dieses überholte kapitalistische System nehmen? Machen wir unsere Rech-

nung auf. Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Setzen wir mit dem 16. Mai ein Signal: **Schluss mit der Klassensammenarbeitspolitik auf dem Rücken der Arbeiter und Angestellten und zu Lasten der Jugend!** Entfaltet einen aktiven Massenwiderstand zur Verteidigung der sozialen Rechte und jedes Arbeitsplatzes und verbindet ihn mit offensiven Kampfformen und offensiven Forderungen:

- **Statt Entlassungen und Kurzarbeit – für die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Unbefristete Übernahme aller Auszubildenden entsprechend ihrer Ausbildung** und 10-prozentige Ausbildungsquote in der Großindustrie.
- **Weg mit der Rente mit 67** – Herabsetzung des Rentenalters auf 60 Jahre bzw. 55 für Frauen bei vollem Rentenausgleich.
- **Weg mit Hartz IV!** Vollständige Bezahlung der Sozialversicherungsbeiträge durch eine umsatzbezogene Steuer durch die Unternehmer.
- Für ein **allseitiges und vollständiges gesetzliches Streikrecht!**
- **Schluss mit dem Krisenchaos – Vorwärts zum echten Sozialismus!**

## Treffpunkt der rebellischen Jugend – Pfingstjugendtreffen 2009

Die Jugend, insbesondere die Arbeiterjugend ist von der Weltwirtschaftskrise am schärfsten betroffen. 25 Prozent der Betriebe wollen weniger ausbilden als im Vorjahr. Die Arbeiterinnen und Arbeiter bis 30 Jahre sind zu 60 Prozent in Leiharbeit, Zeitverträgen oder Minijobs beschäftigt oder arbeitslos.

Das 14. Internationale Pfingstjugendtreffen steht 2009 im Zeichen der Weltwirtschaftskrise. Hier treffen sich alle, die sich eine andere Zukunft wünschen, als sie der Kapitalismus zu bieten hat.

Zwei Tage voller Information, Austausch, internationaler Solidarität, Kultur, Bands, Musik, Sport, Spiel,

## Commerzbank contra MLPD

Auf Anweisung aus der Zentrale der Commerzbank wurde dem Vorsitzenden der MLPD, Stefan Engel, das Privatkonto gekündigt. Ohne Begründung! Seit 2005 haben über 20 Banken in Deutschland – trotz solider Finanzen der MLPD – Kredite oder Darlehen z. B. für den weiteren Ausbau von Gebäuden abgelehnt. Dieser grundgesetzlich verbotene Bankenboykott wird nun sogar auf die Geschäftsfähigkeit des Parteivorsitzenden ausgedehnt.

Sollen so die schärfsten Kritiker der kapitalistischen Misswirtschaft mundtot gemacht werden?

Als eine Schlussfolgerung aus dem Faschismus wurde im Grundgesetz festgelegt, dass niemandem wegen seiner politischen Meinung, seiner Rasse oder Gesinnung ein Konto verweigert werden darf. Commerzbank-Aufsichtsratsvorsitzender Klaus-Peter Müller – bis Mitte März 2009 auch Präsident des deutschen Bankenverbands – glaubt offenbar, sich darüber hinwegsetzen zu können.

Macht diesen widerrechtlichen Boykott weiter bekannt und protestiert bei der Commerzbank. Spendet für den Wahlkampf der MLPD!

Bildung, kulinarischen Spezialitäten, neuen Freunden – überparteilich und selbst organisiert.



Alle nötigen Infos unter  
[www.pfingstjugendtreffen.de](http://www.pfingstjugendtreffen.de)

# Der „linke“ Traum von der demokratischen Kontrolle der Banken

Endlich ist es vollbracht. Die Bundesregierung beginnt mit der „Überführung von Banken und Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle“. Das ist eine alte Forderung von DKP, Linkspartei und ATTAC. Zunächst wird die HRE (Hypo-Real-Estate-Bank) mit der Zustimmung des Bundestags in die Fürsorge des Staates übernommen. Die Milliardenverluste darf der Steuerzahler tragen. Gleichzeitig sollen „Bad Banks“ milliarden schwere, faule Kredite der notleidenden Banken, in öffentliches Eigentum überführen. Die Banken können damit ihre Bilanz verschönern, die Aktienkurse in die Höhe treiben und zugleich das Spekulationskarussell erneut in Schwung bringen. Wenn das kein Erfolg ist, auf den man anstoßen kann!

Vielleicht hätten die Rufer nach der Überführung ins „öffentliche Eigentum“ besser bei Karl Marx oder Friedrich Engels nachgelesen. Dieser hatte schon



vor 130 Jahren erklärt: „Der moderne Staat, was auch seine Form, ist eine wesentliche kapitalistische Maschine, Staat der Kapitalisten, der ideelle Gesamtkapitalist. Je mehr Produktivkräfte er in sein Eigentum übernimmt, desto mehr wird er wirklicher Gesamtkapitalist, desto mehr Staatsbürger beutet er aus. Die Arbeiter bleiben Lohnarbeiter, Proletarier, das Kapitalverhältnis wird nicht aufgehoben, es wird vielmehr auf die Spitze getrieben“. (Marx/Engels, Werke, Bd., 20, S. 260).

Was unterscheidet auch das Finanzgebahren der Landesbanken von dem der privaten Banken? Was unterscheidet staatlich kontrollierte Manager wie

Hartmut Mehdorn und Klaus Zumwinkel von privaten Managern wie Josef Ackermann und Gerhard Cromme? Waren die Landesbanken nicht die ersten, die wegen ihrer missglückten Spekulationsgeschäfte ins Trudeln geraten sind?

Wer die Staatsfrage ernsthaft aufwirft, muss die Machtfrage stellen. Ist es ein kapitalistischer Staat, der auf der systematischen Ausplünderung der großen Mehrheit der Bevölkerung zu Gunsten weniger Superreicher beruht und diese verteidigt?

Oder ist es ein Staat, der dem Übel an die Wurzel geht und die kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse abschafft – eine Diktatur des Proletariats als wirkliche Demokratie für die breiten Massen unter der Führung der Arbeiterklasse gegen alle Ausbeuter, die die Diktatur der Monopole wieder herstellen wollen?

## Der Mensch im Mittelpunkt?

Der DGB fordert in seinem Aufruf für die Demonstration am 16. Mai in Berlin: „Die Politik muss endlich dafür sorgen, dass die Menschen wieder im Mittelpunkt stehen.“ Eine Politik, in der **wieder** der Mensch im Mittelpunkt steht? Welche Politik ist gemeint: die Agenda-2010-Politik von Schröder/Fischer? Der Sozialabbau von Helmut Kohl? Die Atombewaffnung von Helmut Schmidt, die Notstandsgesetze von Willi Brandt, die reaktionäre Politik von Konrad Adenauer, der Faschismus?

Hoffungsvolle Ansätze einer solchen Politik gab es nach dem II. Weltkrieg in der DDR. Aber auch dort erstickte der sozialistische Aufbau im Zuge der Restauration des Kapitalismus in den 1950er Jahren. Im Kapitalismus stand und steht immer der Maximalprofit im Mittelpunkt. Wer eine Gesellschaft will, in der tatsächlich der Mensch im Mittelpunkt steht, darf nicht zurück! Er muss nach vorne zu einer revolutionären Veränderung der Gesellschaft. Zum echten Sozialismus!

## Die MLPD – eine Arbeiterpartei neuen Typs

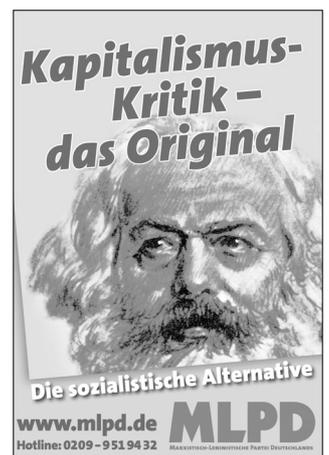
Die MLPD arbeitet in über 400 Städten Deutschlands, sie beteiligt sich seit fast fünf Jahren Montag für Montag an den Montagsdemonstrationen „Weg mit Hartz IV“ und ist an vielen selbständig geführten Arbeiterkämpfen beteiligt und stellt ihr Know-how zur Verfügung.

Die MLPD stellt ihren Bundestagswahlkampf 2009 voll in den Dienst des Kampfs gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die Massen. Sie fördert eine Massendiskussion über die sozialistische Alternative.

In den Wählerinitiativen kann jeder nach seinen Möglichkeiten mitarbeiten, die MLPD und ihre Mitglieder und Kandidaten überprüfen und lernen, selbst für seine Interessen einzutreten.

Die MLPD ist eine echte Arbeiterpartei – drei Viertel ihrer Mitglieder sind selbst Arbeiter und kleine Angestellte und 40 Prozent arbeiten in Riesenbetrieben. Der Frauenanteil beträgt 42 Prozent.

**Unterstützt und prüft die MLPD oder macht direkt mit in der MLPD!**



## Die treffende Hintergrundanalyse über die größte Weltwirtschafts- und Finanzkrise des Kapitalismus.

**Sonderpreis am Demotag – nur 10,00 Euro**

(Taschenbuchausgabe)

**Stefan Engel, Götterdämmerung über der „neuen Weltordnung“**

592 Seiten

Hardcover; 27,00 Euro, ISBN: 978-3-88021-340-1

Taschenbuch; 14,80 Euro, ISBN: 978-3-88021-357-9



## Woher kommt die Weltwirtschaftskrise?

Jahrelang war es in Deutschland tabu, von „Kapitalismus“ zu reden. Jetzt nimmt selbst der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Hans-Peter Keitel, diesen geächteten Begriff in den Mund. Für die Finanz- und Weltwirtschaftskrise hat er auch gleich eine Erklärung parat: „Das Casino darf nicht wiedereröffnet werden und mit noch mehr Geld spielen als zuvor, weil zusätzliches staatliches Geld auf dem Tisch liegt“, erklärte er am 24. April auf dem G8-Wirtschaftsgipfel in Italien.

Wäre die Sache so einfach, müsste man nur einige Reformen im Rahmen des Kapitalismus durchführen,

könnte die zu krassen Banker einfach auswechseln oder strenge Regeln einführen, an die sich alle zu halten haben.

Die MLPD hält es dagegen mit Karl Marx, dem Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus. Er wies nach, dass Wirtschaftskrisen eine gesetzmäßige Folge der kapitalistischen Produktionsweise sind und erst verschwinden, wenn diese durch die sozialistische Produktionsweise abgelöst wird.

Wir haben es gegenwärtig mit der tiefsten Krise zu tun, die der Kapitalismus in seinen 200 Jahren erlebt hat. Dazu hat die MLPD eine Untersuchung durchgeführt, die dem-

nächst als „Beilage“ ihrer Wochenzeitung „Rote Fahne“ sowie als Broschüre erscheint. Titel: **„Bürgerliche politische Ökonomie vor dem Scherbenhaufen – Einige Ergänzungen zur marxistisch-leninistischen Krisentheorie der MLPD“**. Sie befasst sich vor allem mit den neuen Fragen, die die aktuelle Krise aufwirft und setzt sich mit dem Scheitern der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Krisentheorien und -praktiken auseinander.

Erhältlich ist sie ab 22. Mai überall bei der MLPD oder [verlag@neuerweg.de](mailto:verlag@neuerweg.de)

### Bestellung:

- Rote Fahne, Nr. 21/09 mit der Beilage: **1,50 Euro**  
„Bürgerliche politische Ökonomie vor dem Scherbenhaufen – Einige Ergänzungen zur marxistisch-leninistischen Krisentheorie der MLPD“

### Rote Fahne im Abo:

- monatlich 5,00 Euro (nur bei Bankeinzug)
- halbjährlich 27,50 Euro
- vierteljährlich 15,00 Euro
- jährlich 50,00 Euro
- Probeabo der „Roten Fahne“ vier Wochen kostenlos

Bitte persönlich bei den Verteilern abgeben oder senden an: **Zentralkomitee der MLPD • Schmalhorststraße 1c • 45899 Gelsenkirchen**  
(alle Angaben werden vertraulich behandelt)

## MLPD – die Zukunftspartei!

### Ich möchte:

- Mitglied werden in der MLPD
- Mitglied werden im Jugendverband REBELL
- ein persönliches Gespräch
- in einer Initiative zum Aufbau der MLPD mitmachen
- das Parteiprogramm der MLPD (2,00 €)
- Dauerspender der MLPD werden
- Die Broschüre „Banken und Kapital sollen die Krisenlasten selbst bezahlen“, 2. Auflage Mai 2009
- Informationsmaterial zugeschickt bekommen

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

## Faschisten, Todfeinde der Arbeiterbewegung

Immer offener richten Neofaschisten ihre Angriffe gegen Gewerkschafter, Linke und Revolutionäre. Provokative Nazi-Aufmärsche am 1. Mai wurden in Ulm und Mainz erfolgreich verhindert.

In Dortmund überfielen 300 Neofaschisten hinterhältig die DGB-

Demonstranten. Es offenbart das wahre Gesicht der Faschisten als



brutale Feinde der Arbeiterbewegung. Die Herrschenden fürchten vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise einen Aufschwung der Arbeiterkämpfe. Dafür brauchen sie die Faschisten als Stoßtrupp gegen die Arbeiterbewegung.

Wehret den Anfängen!

Verbot aller faschistischen Organisationen und ihrer Propaganda!

## Überarbeitete 2. Auflage erschienen!

Die Broschüre enthält auch ein 13-Punkte-Programm der MLPD zum Umgang mit der Weltwirtschaftskrise.

Sie hat 23 Seiten und ist überall bei der MLPD erhältlich.

Spenden zur Finanzierung sind dabei gern gesehen.

